

Abstimmverhalten der schleswig-holsteinischen Landesregierung

anlässlich der
950. Sitzung des Bundesrates
am 4. November 2016

Angaben ohne Gewähr – es gelten die Beschlussdrucksachen des Bundesrates [Link](#)

Ergänzend zu den nachfolgenden Angaben wird auf das [Plenarprotokoll](#) verwiesen.

1. Ansprache der Präsidentin

- 2.** Gesetz zur Änderung des **Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes** und zur Änderung weiterer Gesetze *Fz*

GrüLi

gemäß Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 und Artikel 106
Absatz 5a Satz 3 GG
Drucksache 581/16

Die Landesregierung stimmte dem Gesetz zu.

- 3. Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2016/2017 (BBVAnpG 2016/2017)** *In*

GrüLi

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 621/16

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

- 4. Gesetz zur weiteren Fortentwicklung der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes** *In*

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 622/16

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

- 5. Gesetz zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes** *In
R*

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 623/16

Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.

- 6.** **Zweites Gesetz zur Änderung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes** Vk
GrüLi
- gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 582/16
zu Drucksache 582/16
- Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.
- 7.** **Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (Elektromagnetische-Verträglichkeit-Gesetz - EMVG)** Wi
GrüLi
- gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 583/16
- Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.
- 8.** **Gesetz zur Änderung der Artikel 8 und 39 des Übereinkommens vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr** Vk
- gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 584/16
- Die Landesregierung hat die Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht verlangt.
- 9.** a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 105)** R
Fz
In
Wo
- gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hessen, Niedersachsen
Drucksache 514/16
Drucksache 514/1/16
- Die Landesregierung hat die Einbringung des Gesetzentwurfes und die Bestellung eines Beauftragten unterstützt.
- 9.** b) **Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes** Fz
AV
In
R
U
Wo
- gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Hessen, Niedersachsen
Drucksache 515/16
Drucksache 515/1/16
- Die Landesregierung hat die Einbringung des Gesetzentwurfes und die Bestellung eines Beauftragten unterstützt. Darüber hinaus hat sie das Fassen einer EntschlieÙung unterstützt.

10. Entwurf eines Gesetzes zur Finanzierung der Lärmsanierung an Straßen in kommunaler Baulast (**Lärmsanierungsfinanzierungsgesetz** - LärmSanFinG) Vk
Fz
In
U
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 572/16
Drucksache 572/1/16
- Die Landesregierung hat die Einbringung des Gesetzentwurfes nach Maßgabe einer Änderung im Ergebnis unterstützt.
11. Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der **Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung** AV
- gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 403/16
Drucksache 403/1/16
- Die Landesregierung hat die Zuleitung des Verordnungsentwurfes im Ergebnis unterstützt.
12. Entwurf einer ... Verordnung zur Änderung der fünfunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur **Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung** - 35. BImSchV)
- gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag des Landes Baden-Württemberg
gemäß § 23 Absatz 3 i.V.m. § 15 Absatz 1 und § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 617/16
- Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.
13. Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der **Verbraucherfreundlichkeit von Allgemeinen Geschäftsbedingungen** (AGB) R
AV
In
Wi
- Antrag des Landes Hessen
Drucksache 577/16
Drucksache 577/1/16
- Die Landesregierung hat die Annahme der Entschließung in geänderter Fassung unterstützt.
14. Entwurf eines Gesetzes zur **Ermittlung von Regelbedarfen** sowie zur Änderung des **Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** AIS
Fz
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 541/16
Drucksache 541/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

15. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des **Asylbewerberleistungsgesetzes**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 542/16
Drucksache 542/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
16. Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von **Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende** nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 587/16
- Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.
17. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Zollverwaltungsgesetzes**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 543/16
- Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.
18. Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der **steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften**
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 544/16
Drucksache 544/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
19. Entwurf eines Gesetzes zur **Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration** und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 545/16
Drucksache 545/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
20. Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2021 (**Zensusvorbereitungsgesetz 2021 - ZensVorbG 2021**)
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 546/16
Drucksache 546/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

AIS
Fz
In

AIS
Fz
In

Fz

Fz
Wi

Fz
AIS
In

In
Fz
Wo

21. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nichtfinanziellen Berichterstattung der Unternehmen in ihren Lage- und Konzernlageberichten (**CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz**) R
A/S
AV
FJ
U
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 547/16
Drucksache 547/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates nur teilweise unterstützt.
22. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der **Insolvenzordnung** R
Fz
Wi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 548/16
Drucksache 548/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
23. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des **Regionalisierungsgesetzes** Vk
Fz
U
- GrüLi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 549/16
- Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.
24. Entwurf eines **Energiestatistikgesetzes** (EnStatG) Wi
Fz
In
U
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 550/16
Drucksache 550/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.
25. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bestimmungen zur **Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung** und zur Eigenversorgung Wi
R
U
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 619/16
Drucksache 619/1/16
- Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.
26. Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Dezember 2015 über eine **verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit** zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der **Republik Kasachstan** andererseits EU
- GrüLi
- gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 551/16
- Die Landesregierung hat keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf erhoben.

27. Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung im Jahr 2014

GrüLi

U

gemäß § 5 Absatz 2 StrVG
Drucksache 557/16

Die Landesregierung hat von der Vorlage Kenntnis genommen.

- 28.** a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist** (Neufassung)
COM(2016) 270 final; Ratsdok. 8715/16

EU
FJ
In
R

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 390/16
zu Drucksache 390/16
Drucksache 390/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 28.** b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes sowie zur Änderung der Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die **Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen**
COM(2016) 466 final

EU
AIS
FJ
FS
In
R

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 499/16
zu Drucksache 499/16
Drucksache 499/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

- 28.** c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Einführung eines gemeinsamen Verfahrens zur Gewährung internationalen Schutzes** in der Union und zur Aufhebung der Richtlinie 2013/32/EU
COM(2016) 467 final; Ratsdok. 11317/16

EU
FJ
FS
In
R

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 503/16
zu Drucksache 503/16
Drucksache 503/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

28. d) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen** (Neufassung)
COM(2016) 465 final; Ratsdok. 11318/16

EU
AIS
FJ
FS
In
R

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 513/16
zu Drucksache 513/16
Drucksache 513/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

28. e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Schaffung eines Neuansiedlungsrahmens der Union** und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 516/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates
COM(2016) 468 final

EU
AIS
FJ
Fz
In

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 501/16
zu Drucksache 501/16
Drucksache 501/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates überwiegend unterstützt.

29. GrüLi Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die **Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung** (Cedefop) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75
COM(2016) 532 final

EU
AIS
K
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 475/16
zu Drucksache 475/16
Drucksache 475/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

30. a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) 2015/1017 im Hinblick auf die Verlängerung der Laufzeit des **Europäischen Fonds für strategische Investitionen** sowie die Einführung technischer Verbesserungen für den Fonds und die Europäische Plattform für Investitionsberatung
COM(2016) 597 final

EU
AV
Fz
U
Vk
Wi

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5
EUZBLG
Drucksache 518/16
zu Drucksache 518/16
Drucksache 518/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

30. b) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Ausbau der europäischen Investitionen für Beschäftigung und Wachstum - **Einleitung der zweiten Phase des Europäischen Fonds für strategische Investitionen und einer europäischen Investitionsoffensive für Drittländer**
COM(2016) 581 final

EU
Fz
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 534/16
Drucksache 534/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

31. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Zentralbank:
Kapitalmarktunion - die Reform rasch voranbringen
COM(2016) 601 final

EU
Fz
R
Wi

gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 532/16
Drucksache 532/1/16

Die Landesregierung hat die Stellungnahme des Bundesrates unterstützt.

32. Neunte Verordnung zur Änderung der **Sozialversicherungsentgeltverordnung**

GrüLi

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 536/16

AI/S
Fz

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

33. Verordnung zur Durchführung eines Monitorings auf das Virus der Klassischen und der Afrikanischen Schweinepest bei Wild- und Hausschweinen (**Schweinepest-Monitoring-Verordnung** - SchwPestMonV)

GrüLi

AV
Fz

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 502/16

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

34. Zweite Verordnung zur Änderung der **Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr**

GrüLi

Vk

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 552/16
Drucksache 552/1/16

Die Landesregierung hat der Verordnung nach Maßgaben zugestimmt.

35. Verordnung zur Neuregelung **produktsicherheitsrechtlicher Vorschriften über Sportboote und Wassermotorräder**

GrüLi

Wi
AIS
U
Vkl

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 540/16

Die Landesregierung hat der Verordnung zugestimmt.

36. Bestellung von Mitgliedern des **Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau**

GrüLi

Fz

gemäß § 7 Absatz 1 Nummer 3 KfW-Gesetz
Drucksache 504/16
Drucksache 504/1/16

Die Landesregierung hat den Bestellungsanschlügen zugestimmt.

37. **Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht**

GrüLi

R

Drucksache 576/16

Die Landesregierung hat sich zu dem Verfahren nicht geäußert und ist nicht beigetreten.

38. Entschließung des Bundesrates zur Verhinderung von Gestaltungsmodellen zur Minderung der Gewerbesteuer mittels Lizenzzahlungen - "Gerechte **Verteilung der Gewerbesteuer** zwischen den Gemeinden gewährleisten"

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 635/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

39. Entschließung des Bundesrates zur **Abschaffung der Abgeltungsteuer**

Antrag des Landes Brandenburg
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 643/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.

40. Entschließung des Bundesrates für eine Reformierung des Bußgeldsystems und für eine Erweiterung der Sanktionen in der **Bußgeld-Katalog-Verordnung** bei besonders gefährlichen Verstößen im Straßenverkehr

Antrag des Landes Niedersachsen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 636/16

Die Vorlage wurde an die Ausschüsse zur Beratung überwiesen.